

Schwerpunkt: Staatskapitalismus

Tobias ten Brink

Wirtschaftsregulierung in China

Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Steuerungskapazitäten in einem nicht-liberalen Kapitalismus

Zusammenfassung

Im Unterschied zu vielen OECD-Ländern, in denen die Handlungsfähigkeit des Staates zu erschöpfen droht, erscheint der chinesische Staat erstaunlich flexibel, ökonomisch potent und politisch handlungsfähig. Wie realistisch ist diese Annahme? Zur Beantwortung dieser Frage werden wesentliche Dimensionen der Wirtschaftsregulierung in China untersucht, die diese im Zuge der kapitalistischen Modernisierung des Landes angenommen hat. Es wird dabei der Wandel der wirtschaftspolitischen Intervention mit einem Augenmerk auf die zentralstaatlichen Institutionen historisch rekonstruiert. Tatsächlich lässt sich dabei seit den 1990ern eine Zunahme der zentralstaatlichen Steuerungskapazitäten nachweisen. Sie gründet nicht zuletzt auf originären Grundlagen wie staatszentrierten Leitbildern, eigentümlichen Innovationspolitiken im „Schatten“ der Hierarchie und dem fortwährenden Gewicht der Kommunistischen Partei. Insgesamt ist jedoch keine allumfassende Kontrollmacht festzustellen. Es existieren eine Reihe von Grenzen der politischen Steuerung im wettbewerbsgetriebenen System der „staatskapitalistischen“ Regulierung.

Schlagerworte: Vergleichende Politische Ökonomie, Wirtschaftsregulierung, China, politische Steuerung

Abstract

Economic Regulation in China. Opportunities and Limits on State Steering Capacities in a Non-Liberal Variety of Capitalism

The influence and power of some OECD states is under threat but China appears to remain astonishingly flexible, economically potent, and politically strong. How accurate is this view? To answer this question, major aspects of Chinese economic regulation that were adopted in the country's progress towards capitalist modernization are examined. The analysis requires a historical reconstruction of how China changed the way it intervenes economically and politically, especially with regard to the institutions of the central state. Such a reconstruction reveals that, since the 1990s, the central state has indeed increased its steering capacities. These capacities have a distinctive basis that includes acceptance of a state-centered approach, idiosyncratic innovation policies taking place in the "shadow" of the state's hierarchy, and the ongoing influence of the communist party. An all-embracing controlling power is, however, not detectable. What does exist in China's competition-driven system of "state-capitalist" regulation, is a set of limits on the state's capacity to govern.

Key words: Comparative Political Economy, economic regulation, China, state policies

1. Einleitung

Nachdem in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise der nationale Staat in allen großen OECD-Ländern eine vorhersehbare Renaissance feierte, drohen nunmehr selbst starke Nationalstaaten vor dem Hintergrund einer zunehmenden Staatsverschuldung und ange-

sichts erneut drohender Konjunkturerinbrüche an das Ende ihrer Interventionsmöglichkeiten zu gelangen. Schenkt man westlichen Medienberichten Glauben, nimmt die Entwicklung in China einen anderen Verlauf: Der chinesische Parteistaat erweist sich als erstaunlich flexibel, ökonomisch potent und politisch handlungsfähig. In der Tat finden sich Anhaltspunkte für die enormen politischen Steuerungskapazitäten in China auch in einschlägigen wissenschaftlichen Abhandlungen der Chinaforschung. Die Partei- und Staatselite wird hier als pragmatisch-vorausschauende Kraft verstanden, die als Triebkraft der Modernisierung agiert. Sie lernte gewissermaßen, die Entwicklung von Märkten zu fördern und im Einklang mit ihnen zu agieren (vgl. *Heilmann/Perry* 2011; *Naughton* 2011; *Yang* 2004; *Zheng* 2010). Der Aufstieg des chinesischen „Staatskapitalismus“ sowie anderer staatlich durchdrungener Marktökonomien in Schwellenländern bringt damit nicht zuletzt die liberale Vorstellung, der zufolge ein schlanker Staat am besten zur ökonomischen Effizienzsteigerung geeignet ist, in ernsthafte Erklärungsnot (vgl. exemplarisch: *Economist* 2012; *Bremmer* 2010: S. 129-145).

In diesem Beitrag sollen folgende Fragen beantwortet werden: Einerseits die Frage nach der grundlegenden Struktur der Staatskontrolle und -intervention in der Wirtschaft bzw. den Spezifika der Wirtschaftsregulierung in China. Im Anschluss an die Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Chinaforschung und entgegen landläufiger Mystifizierungen der Volksrepublik, die das Land als monolithischen Einheitsstaat behandeln, in dem die Fäden im Zentralkomitee der herrschenden Partei zusammenlaufen, sollen wesentliche Merkmale der Wirtschaftsregulierung und Möglichkeiten bzw. Grenzen staatlicher Steuerungskapazitäten herausgearbeitet werden. Andererseits soll in Ansätzen eine Antwort auf die Frage nach der Effizienz der Wirtschaftsregulierung gegeben werden, da den chinesischen Machteliten in jüngster Zeit eine gewissermaßen meisterliche Beherrschung von Regierungstechnologien attestiert wird (*Anderson* 2010; *Cai* 2010).

Die politische Ökonomie Chinas wird im Folgenden – aufbauend auf der neueren Vergleichenden und Internationalen Politischen Ökonomie – als eine Variante des staatlich-durchdrungenen Kapitalismus gefasst.¹ Wie eine wachsende Forschungsliteratur plausibilisiert, greift ein Bezug auf die offizielle Losung der Kommunistischen Partei (KPCh), die das Land zur „sozialistischen Marktwirtschaft“ erklärt hat und die Fortexistenz umfassender nicht-kapitalistischer Beziehungen behauptet, zu kurz (vgl. *Chu* 2010; *Kennedy* 2011; *McNally* 2007; *Nee/Opper* 2007; *May/Nölke/ten Brink* 2013; *Redding/Witt* 2007; *ten Brink* 2012a). Typische Triebkräfte des Kapitalismus wie ein end- und maßloser Akkumulationsimperativ und damit das weitgehende Fehlen qualitativer, sozial-ökologischer Kriterien des Wachstums, Wettbewerbsprinzipien, zweckrationale Nützlichkeitsabwägungen sowie ausgeprägte soziale Gegensätze haben die chinesische Wirtschaft zu einem Mekka des globalen Kapitalismus gemacht, ohne dass diese jedoch dieselbe institutionelle Architektur wie etwa liberale oder koordinierte Marktökonomien aufweist. Die Parteistaatsideologie und -praxis hat sich in den letzten Jahrzehnten transformiert. Der Begriff des Sozialismus steht nunmehr vor allem anderen für eine gelingende wirtschaftliche Modernisierung und pragmatische, experimentierfreudige Handlungsorientierungen. Während ältere maoistische Vorstellungen nur noch ein randständiges Dasein fristen, orientieren sich die Partei- bzw. Staatsapparate an makroökonomischen Erfolgsparametern (*Shambaugh* 2009; *Yang* 2004). Die restrukturierten staatlichen Institutionen Chinas setzen den Marktverkehr mittlerweile als fundamentale Grundlage der Sozialordnung voraus.

Hinsichtlich der genannten Fragestellungen lassen sich folgende Thesen formulieren:

1. Der chinesische Parteistaat zieht sich gegenüber den Liberalisierungs- und Vermarktlichungstendenzen nicht zurück, sondern trug und trägt zur Konstituierung einer neuartigen Form des staatlich durchdrungenen Kapitalismus bei.
2. Die Wirtschaftsregulierung der Volksrepublik ist durch eine Mischung aus sowohl in OECD-Ökonomien bekannten Formen staatlicher Regulierung als auch eigentümlichen Methoden der (Partei-)Staatsintervention gekennzeichnet.
3. Nach Kriterien der ökonomischen Effizienzsteigerung stellt China einen erfolgreichen Fall der umfassenden wirtschaftspolitischen Regulierung dar.
4. Zugleich konstituieren die kapitalistische Entwicklung in China, die regionalen Entwicklungsunterschiede des Landes und die multiskalar artikulierten Staatsapparate kein konfliktfreies soziales Gebilde. Es können Grenzen der politischen Steuerungskapazitäten identifiziert werden.

Um diese Thesen zu überprüfen, werden in Abschnitt 2 erst einmal Überlegungen zur kapitalistischen Transformation der Volksrepublik vorgestellt. Daraufhin wird in Abschnitt 3 der historische Wandel der wirtschaftspolitischen Intervention mit einem Augenmerk auf die zentralstaatlichen Institutionen in groben Zügen rekonstruiert (3.). Während die Zentralregierung in der ersten Phase der Reformen in den 1980ern im Zuge der Marktexpansion und der Dezentralisierung des politischen Systems an Macht einbüßte, konnte sie in der zweiten Phase ab den 1990ern umfangreiche Rezentralisierungsmaßnahmen realisieren. Auch wenn diese Restrukturierungen vorwiegend als kriseninduzierte Reaktionen auf die Herausforderungen der Vermarktlichung und der Dezentralisierung gelten können, brachten sie einen unternehmerischen Wettbewerbsstaat mit umfassenden makro-ökonomischen Steuerungskapazitäten hervor (3.1). Dass letzterer originäre Grundlagen besitzt, lässt sich an der Rolle staatszentrierter Leitbilder, eigentümlicher Innovationspolitiken im „Schatten“ der Hierarchie und des fortwährenden Gewichtes der KPCh aufzeigen (3.2 und 3.3). Die Zunahme der zentralstaatlichen Steuerungskapazitäten läuft jedoch, wie Abschnitt 4 nahelegt, keinesfalls auf eine allumfassende Kontrollmacht hinaus. Es lassen sich eine Reihe widersprüchlicher Entwicklungstendenzen des wettbewerbsgetriebenen Systems Chinas nachweisen.

2. Partei-Staat und Wirtschaft im chinesischen Kapitalismus

In der Volksrepublik lässt sich eine besondere Form des modernen Staates nachweisen – der Partei-Staat. Im Unterschied zu Vorstellungen eines monolithischen Einheitsstaates zeichnet sich die Volksrepublik durch eine bemerkenswerte Kombination zentraler und dezentraler Macht aus: Ein durch kapitalistische Triebkräfte geprägtes Beziehungsgefüge verschiedener vertikaler sowie horizontaler politischer Entscheidungsstrukturen ist entstanden.² Wie noch zu zeigen sein wird, hat dieses die Form eines fragmentierten Mehrebenensystems angenommen, in dem zuweilen eine Entscheidungsanarchie herrscht.

„Wirtschaft“, „Staat“ und „Partei“ bilden in China ein interdependentes Geflecht. Empirischen Untersuchungen zufolge liefen die Transformationsprozesse auf enge Interessenskoalitionen und Allianzen zwischen ökonomischen und politischen Eliten hinaus, auch und gerade auf den subnationalen Ebenen der Provinzen, Städte und Kreise (Dickson 2003; Tsai 2007). Aus der Restrukturierung des Unternehmenssektors folgte keineswegs der sukzessive Übergang in eine liberale Marktwirtschaft und in eine klare Separierung

von „Politik“ und „Ökonomie“. Zwar wich die in der ersten Phase der Reform vorherrschende Praxis der informellen Privatisierung von Unternehmen ab den 1990ern formellen Privatisierungen, doch setzte dies nicht die nahezu symbiotischen Beziehungen zwischen Staat, Partei und Unternehmen außer Kraft (*ten Brink 2012a*).³ In China treten staatliche Akteure darüber hinaus selbst als Unternehmer in Erscheinung. Das Staatseigentum stellt dann keine Negation kapitalistischer Mechanismen dar, sondern kann als eine unter mehreren Formen der partikularen Verfügung über ökonomische und politische Macht fungieren. Konkurrenzimperative werden in diesem Fall unmittelbar internalisiert. Hierfür gilt es die Gewohnheit, allein den „Privat“-Unternehmer als kapitalistischen Akteur zu identifizieren, in Frage zu stellen. Denn nicht lediglich Individuen oder eine aus mehreren Personen zusammengesetzte Kapitalgesellschaft, sondern auch staatliche Instanzen können als exklusiver, kontrollierender Eigentümer fungieren.⁴

Es war nicht allein die zunehmende in- wie ausländische privatunternehmerische Tätigkeit, die die chinesische Gesellschaft seit den 1980ern dynamisierte. Die staatlichen Institutionen selbst wurden zum Vermittler von Ökonomisierungsdruck. Staatsapparate und große Teile der KPCh unterstützen den Erfolg unternehmerischen Handelns mittlerweile auch offiziell nachdrücklich – die Parteimitgliedschaft für Unternehmer ist seit 2003 zulässig und es ist ein Eigentumsrecht in Kraft getreten, das privatem und staatlichem Eigentum formal denselben Schutz garantiert. Die staatlichen Instanzen auf allen Ebenen sind daran interessiert, die Rahmenbedingungen zu fördern, in denen sowohl der marktorientierte „Staatskapitalist“ (z.B. der Manager eines staatseigenen Unternehmens) als auch der private „Entrepreneur“ agieren können. Im Unterschied zu Theorien der Markttransformation, die einen Rückzug des Parteistaates gegenüber den Vermarktlichungstendenzen antizipierten (vgl. *Nee 1989*), trug dieser zu einer neuartigen Form des Kapitalismus bei und muss aus diesem Grund selbst als zentraler Bestandteil des neuen chinesischen Kapitalismus gefasst werden. Das gilt auch für die eng mit den staatlichen Institutionen verknüpften Parteiapparate der KPCh, wie folgendes Beispiel illustriert. Der Vorsitzende des Vorzeigeunternehmens Haier, Zhang Ruimin, beantwortete die Frage nach möglichen Konflikten zwischen der betrieblichen Parteipolitik und den Unternehmensinteressen wie folgt: „I appointed myself party secretary of Haier. So I can't have any conflicts with myself, can I?“ (zit. in: *McGregor 2010*, S. 194).

Allerdings sind die Unternehmen nicht einseitig abhängig von den staatlichen Instanzen. Schließlich hängt die Existenz der Staatsapparate auf unterschiedlichen Regierungsebenen von den erfolgreichen Aktivitäten der Unternehmen ab. Die Staatsapparate befinden sich in einer strukturellen Abhängigkeit von einer gelingenden Akkumulation, weshalb (beinahe) alles unterbunden wird, was die ökonomische Entwicklung gefährden könnte.⁵ Besonders ist das für Offizielle der unteren Gebietskörperschaften relevant, deren Karrierepfade direkt an hohe Wachstumsraten geknüpft sind. Doch auch die politische Machtelite insgesamt ist an einer gedeihlichen volkswirtschaftlichen Entwicklung – der Legitimitätsressource des Regimes schlechthin – und einer durchgreifenden nationalen Entwicklung in höchstem Maße interessiert. Zugleich erklärt die hohe Abhängigkeit vom Export und gegenüber internationalen Investitionen die Förderung ausländischer Unternehmen. Die Provinz- oder lokalen Stadtregierungen haben enge Verbindungen mit ausländischen Unternehmen geknüpft.

Um nunmehr einen detaillierteren Blick auf die chinesische Wirtschaftsregulierung und die parteistaatlichen Steuerungskapazitäten werfen zu können, wird den unterschiedlichen *Strategien zur Koordination der Wirtschaftspolitik* Rechnung getragen. Dabei lässt

sich an neueren polit-ökonomischen, staatstheoretischen und wirtschaftssoziologischen Überlegungen anknüpfen (vgl. Block 1994; Fligstein 2001; Jessop 2007). Diese unterscheiden zwischen verschiedenen Governance-Typen: einer marktvermittelten ex post-Koordination, einer hierarchisch verordneten ex ante-Koordination, einer durch Prozesse der Selbstorganisation, vermittelt über Netzwerke, Verhandlung und Deliberation gesteuerten, heterarchischen Koordination sowie einer auf Solidarität und bedingungsloser Verpflichtung aufbauenden Kooperation. Staatliche Machthaber beschränken sich auch in China in der Regel nicht auf das hierarchische Kommando, sondern kombinieren Formen der Governance auf spezifische Weise. Um den Markt zu ordnen und Inkohärenzen zu kompensieren, werden diverse Koordinationsformen zu kombinieren und rejustieren versucht.

Zudem gilt es, diejenigen direkten und indirekten Methoden zu berücksichtigen, mit denen die parteistaatlichen Instanzen die Volkswirtschaft beeinflussen. So kann der Staat in Form von (antizyklischen) *fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen* agieren, um volkswirtschaftliche Effekte zu erzielen. Er greift dabei indirekt in die Investitionsentscheidungen der Unternehmen ein, plant nicht in einem strengen Sinne, sondern reguliert. Weiter reicht dagegen die *indikative Planung*: Der Staat verhandelt mit Investoren über Grundlinien des Wachstums und empfiehlt ein wünschenswertes Verhalten der Unternehmen, ohne allerdings grundlegend in die Besitzverhältnisse einzugreifen. Im Unterschied zu dieser Form der Koordination privater und öffentlicher Sektoren ist die *imperative Planung* vollzugsverbindlich; der Staat schreibt bestimmte Verhaltensweisen zwingend vor und greift gegebenenfalls in die Investitionsentscheidungen ein. Um einen Überblick über wirtschaftspolitische Maßnahmen der (Zentral-)Regierung zu erhalten, können ferner marktschaffende, marktordnende und marktbegrenzende Regulierungen differenziert werden. Im nächsten Abschnitt wird der Wandel der Staatlichkeit in China historisch rekonstruiert.

3. Zur historischen Transformation des Parteistaates seit den 1980ern

Das Herauswachsen aus der Kommandowirtschaft vollzog sich in der Volksrepublik im Rahmen eines restrukturierten, staatlich regulierten Institutionengeflechts. Dabei hat ein kriseninduzierter Übergang von einer bürokratisch-autoritären Entwicklungsdiktatur des klassischen Maoismus hin zu einer regionalisierten staatskapitalistischen Regulierung stattgefunden. Insgesamt wurden die konkurrenzgetriebenen Kapitalverwertungszwänge dabei stärker als zuvor zur Determinante staatlicher Politik.⁶

Die Reformierung des chinesischen Systems im Gefolge der schweren gesellschaftlichen Krise nach der Kulturrevolution führte zu einer Machtverschiebung in Richtung der lokalen staatlichen Institutionen. In der ersten Reformphase ab 1978 ging die Reichweite des zentralstaatlichen Einflusses zurück. Kommandowirtschaftliche Mechanismen wichen, zuerst im Agrarsektor, Marktmechanismen und diese restrukturierten die Beziehungen zwischen politischen und ökonomischen Akteuren: einem Unternehmenswesen, in das neben staatlichen Unternehmen mehr und mehr auch „öffentliche“ und private Unternehmer traten, wurde der Weg geebnet. Politische Akteure agierten fortan vor allem auf lokaler Ebene direkt unternehmerisch, indem sie (bzw. ihre Familienangehörigen) Unter-

nehmen leiteten oder als Vermittler von Krediten zum Wegbereiter unternehmerischer Aktivität wurden. Im Unterschied zu Schwarzmärkten in anderen Kommandowirtschaften wuchs der marktlich regulierte Bereich derart mit einer hohen Geschwindigkeit aus dem Plan „heraus“ (Naughton 1995). Zu einigen vorteilhaften inländischen institutionellen und sozialstrukturellen Voraussetzungen des Wachstums des Volkseinkommens traten ferner externe Faktoren, zu denen die Investitionen der „patriotischen“ Exilchinesen und, ab den 1990ern, Kapitalverlagerungen aus den größten OECD-Wirtschaften zählten.

Die Tendenz zur Dezentralisierung und Vermarktlichung führte in den 1980ern dazu, dass makro-ökonomische Zielsetzungen vielfach durch sich überschneidende Zuständigkeitsbereiche, korrupte Verwaltungen und divergierende lokale Interessen konterkariert wurden. Zentrale Politikvorgaben wurden uneinheitlich implementiert, es kam zu einem Missverhältnis zwischen zentralen Vorgaben und deren Umsetzung auf der subnationalen Ebene, auf der sich mächtige lokale Wachstumsallianzen zwischen Unternehmen und Staatsorganen bildeten.

Weit davon entfernt, eine stabile Konstellation zu erzeugen, kulminierte die erste Phase der Transformation in einer sozialen Krise, die sich bereits 1988 in einer wirtschaftlichen Destabilisierung ankündigte. Ihren Höhepunkt fand sie in der Tiananmen-Bewegung 1989, die, weit mehr als eine Studentenbewegung, eine ernsthafte Gefahr für die soziale Kohärenz besonders in den urbanen Zentren Chinas markierte. Das „Tiananmen-Intermezzo“ führte zwischen 1989 und 1991 zu konservativen Rollback-Unterfangen, die erst zu Beginn des Jahres 1992 vom Reformflügel der Partei zurückgedrängt werden konnten. Es förderte jedoch letztlich die Entschlossenheit des Regimes, einen Zusammenbruch wie im Ostblock mit allen Mitteln zu verhindern, und ließ zugleich die Einsicht wachsen, den Reformprozess, bei Strafe des Untergangs, mit allen Mitteln weiter vorantreiben zu müssen. Nunmehr wurde der Übergang zu einer Marktwirtschaft zu einem explizit formulierten Ziel der Reformer. Die zweite Reformphase ab den 1990ern war gleichsam von umfassenden Versuchen gekennzeichnet, größere Handlungsspielräume für den Zentralstaat zu schaffen.

Im Folgenden werden relevante Formen der wirtschaftspolitischen Regulierung (3.1.) sowie einige ihrer Eigentümlichkeiten (3.2. und 3.3.) erläutert.

3.1. Die Restrukturierung des Parteistaates: Den Herausforderungen der Vermarktlichung gerecht werden

Um den Herausforderungen der zunehmenden Vermarktlichung in einem dezentralisierten politischen System und den Effekten der Öffnungspolitik, d.h. der raschen Zunahme ausländischer Investitionen, gerecht zu werden, sind seit den 1990ern eine ganze Reihe bürokratischer Restrukturierungen mit dem Ziel einer Stärkung des zentralen Regierungsapparates und der Entwicklung eines wirkungsvollen Krisenmanagements vorgenommen worden (vgl. zu einer detaillierten Darstellung: Heilmann 2004; Yang 2004; Saich 2004). Staatliche Institutionen stellten zudem fortwährend grundlegende Infrastrukturen der Akkumulation bereit. Insgesamt wurden die zentralen Staatsapparate gestärkt – mit dem Ergebnis, dass diese die Marktexpansion in den 2000ern in einem größeren Ausmaß im Sinne einer „Regulation-for-Competition“, d.h. auf Marktexpansion und Wettbewerbsförderung zielen, regulieren konnten als das in anderen (Schwellen-)Ländern der Fall war.⁷ Es lassen sich dabei Elemente einer Kommerzialisierung und Ökonomisierung der Staatsap-

parate identifizieren, die an Umstrukturierungsmaßnahmen in westlichen Industriegesellschaften erinnern, in denen es in den letzten Jahrzehnten unter der Maßgabe einer internen Rationalisierung zur Übernahme betriebswirtschaftlicher Kosten-Ertrags-Kalküle kam.

Beispielhaft lassen sich die Effekte der Restrukturierung an einem Trend zur *Rezentralisierung der Staatseinnahmen* im Zuge einer Reform des öffentlichen Finanzwesens ablesen, die das Verhältnis zwischen der Zentrale und den lokalen Gebietskörperschaften ab 1993 rejustierte. Nach Jahren der finanziellen Austrocknung des Zentralstaates konnten die zentralen Staatseinnahmen wieder erhöht werden (siehe Tabelle 1). Ende der 1990er verfügte der Zentralstaat wieder über 50% der gesamten Staatseinnahmen – und damit etwa über Mittel zur Konjunkturstimulation, die die Staatsführung im Zuge der Asienkrise ab 1998 und der globalen Krise ab 2008 einsetzte. Das hälftige Verhältnis zwischen Zentrale und lokalen Instanzen bei den Staatseinnahmen stabilisierte sich seitdem.

Tabelle 1: Staatseinnahmen, Zentralregierung und Lokalregierungen

Jahr	Anteil in Prozent	
	Zentralregierung	Lokalregierungen
1980	24,5	75,5
1990	33,8	66,2
1993	22,0	78,0
2000	52,2	47,8
2009	52,4	47,6
2010	51,1	48,9

Quelle: NBS 2011: Tabelle 8-3.

In den späten 1990ern nahm die Anzahl der durch den Zentralstaat verfügbaren Restrukturierungsmaßnahmen weiter zu. Die Asienkrise 1997 und die sozialen Verwerfungen infolge der Privatisierung vieler Staatsunternehmen hatten hierfür einen Anstoß gegeben. Der Hintergrund von wirtschaftlicher Destabilisierung und hiermit in Verbindung stehender staatlicher Korruption ermächtigte die Zentralregierung dazu, neue Restrukturierungsschritte zu wagen – die gleichfalls dem Trend zur Ökonomisierung und Vermarktlichung entsprachen:

- Unter Führung der Administration um Zhu Rongji und Jiang Zemin wurde die Anzahl zentraler Ministerien im Jahr 1998 von 40 auf 29 (und bis heute auf 27) reduziert und ihr Verwaltungsapparat um die Hälfte abgebaut. Besonders traf der Restrukturierungsplan die Nachfolger der industriellen Branchenministerien. Die Ministerien der Kohle, Maschinenbau und Chemie wurden etwa in die „State Economic and Trade Commission“ (SETC) integriert. Das nun auch formell besiegelte Ende des Systems der Branchenministerien unterstützte die chinesische Delegation bei den Verhandlungen zum WTO-Beitritt.⁸
- Im Jahr 2003, nun unter der Regierung um Wen Jiabao und Hu Jintao, kam es zu einer weiteren Restrukturierungswelle. Umgesetzt wurde die alte Idee, eine dem japanischen MITI (heute METI) nachempfundene Behörde zu installieren. Teile der SETC und die „State Development Planning Commission“ wurden fusioniert und bildeten als reorganisierte „National Development and Reform Commission“ (NDRC) nunmehr ein Zentrum der Kontrolle und Organisation industrieller Entwicklung. Zugleich suggerierte der Wegfall des Begriffs „Planning“, dass die NDRC ähnlich wie andere ostasiatische Entwicklungsministerien marktfreundliche Mechanismen in der Indus-

trienpolitik unterstützt, auch wenn sie weiter Formen der indikativen und, in geringerem Ausmaß als früher, der imperativen Planung vornimmt.

- Im Rahmen der Privatisierung zahlreicher, vorwiegend kleiner und mittlerer Staatskonzerne ab 1997 wurden zeitgleich die größten Staatsunternehmen von einer neuen Aufsichts- und Verwaltungskommission für Staatsvermögen erfasst, der „State Asset Supervision and Administration Commission“ (SASAC). Die Kontrolle der SASAC, die keiner klassischen Planbehörde entspricht (an die die Unternehmen Gelder abführen), erstreckt sich v.a. auf die Öl-, Metall-, Strom- und Rüstungsindustrie sowie den Bereich der Telekommunikation. Die SASAC verwaltet die Staatsanteile bzw. hält die Aktienanteile der größten nationalen Konzerne. Im Unterschied zu vergangenen Zeiten wurden die Unternehmen in ihrem operativen Geschäft allerdings auf sich alleine gestellt und dem Wettbewerb anderer Konzerne ausgesetzt. Wichtig ist freilich, dass die staatlichen Institutionen heute nicht allein staatseigene Unternehmen, sondern auch Privatunternehmen fördern – „instead of seeing private firms as rivals with publicly owned enterprises, these firms are now viewed as ‘national’ enterprises: nonstate firms can also be the national champions that represent China in the global market place“ (Naughton 2007, S. 361).⁹
- Zusätzlich spielte das 2003 reorganisierte „Ministry of Commerce“ (MOFCOM), das die Behörden für Außen- und Binnenhandel vereinigte, fortan eine zentrale Rolle im Prozess der Marktexpansion, bei der Überwindung wettbewerbsverzerrender interner Handelsbarrieren und der Etablierung eines einheitlichen Binnenmarktes (Yang 2004, S. 62-63). Das vergleichsweise liberale Außenhandelsregime wird dabei durch ein regulierteres Investitionsregime im Innern zu ergänzen gesucht; im Sinne einer Politik der Marktordnung. Nachdem der WTO-Beitritt etwa im Agrarsektor und im Einzelhandel zu einer Zunahme des Wettbewerbs mit ausländischen Herstellern führte, modernisierte die chinesische Regierung ab 2002 die (bereits länger wirksame) Praxis der Investitionslenkung in einem Anleitungskatalog für Investitionen mit einer ausländischen Beteiligung von mehr als 25% (Bu 2009, S. 190-197).
- Während in China der Produktionsbereich und das Handelsregime in vielerlei Hinsicht liberalisiert wurden und viele chinesische Produzenten mittlerweile weitgehend in transnationale Produktionsverbände integriert sind, wurden die *Banken- und Kapitalmarktsektoren*, entgegen dem Rat westlicher Finanzwissenschaftler (vgl. Lardy 1998), nur selektiv internationalisiert. Zudem greift der Staat mithilfe außenwirtschaftspolitischer Maßnahmen (z.B. in der Währungspolitik) in den internationalen Integrationsprozess ein. Durch die Unterbewertung des RMB in Folge einer Kopplung an den Kurs des USD wurden jahrelang positive Nachfrageeffekte im Exportgeschäft erzielt.

Alles in allem ist der Zentralstaat nicht nur reorganisiert worden. Zugleich transformierten sich die Formen der Governance: Prozesse der heterarchischen Koordination und der Marktvermittlung sind an die Seite der hierarchischen Verordnung getreten. Ein Beispiel stellt die Organisation der öffentlichen Auftragsvergabe durch die NDRC dar. Sie läuft mitnichten mehr so wie in den Schemata der klassischen imperativen Planung ab (wie sie auch in China unter Mao teilweise praktiziert wurde). Zwar stellt die NDRC zunächst allgemeine Entwicklungsziele auf und erstellt ein Budget etwa für die Förderung der Windenergie. In einem nächsten Schritt wird jedoch eine Ausschreibung vorgenommen, um die diverse staatliche, aber auch nichtstaatliche Firmen konkurrieren. Einige wenige Unter-

nehmen werden daraufhin ausgewählt – in netzwerkförmig strukturierten (und bisweilen korrupten) Aushandlungsprozessen – und finanziert. Schließlich obliegt es den zuständigen Behörden, durch operative Anpassungen den Markt für Windenergie für ausländische Anbieter (weiter) zu öffnen, die bislang bei Ausschreibungen nur geringe Chancen hatten – um derart noch härtere Wettbewerbsbedingungen zu schaffen.

Marktschaffung und der Versuch einer Marktordnung gehen auf diese Weise Hand in Hand. Einzelne andere Bereiche wie die Märkte für (standardisierte) Kredite, für Energie oder öffentliche Bauprojekte, bleiben dagegen stärker reguliert. Das Mittel der Marktbegrenzung wird hier in Form von sektorspezifischen Re-Regulierungen angewandt. So wurden strategischen Industriesektoren Ministerien oder Kommissionen beigeordnet, etwa das Ministry of Industry and Information Technology im Telekommunikationsbereich oder die State Electricity Regulatory Commission im Energiesektor. Die als strategisch bedeutsam klassifizierten Sektoren werden stärker geschützt als zum Beispiel die Textilindustrie oder der Bereich der Unterhaltungselektronik (*Hsueh* 2011, S. 42-44, 254-256).

Hat der Zentralstaat mit Hilfe seiner Steuerungskapazitäten, von finanziellen Ressourcen (auch der hohen Währungsreserven) und gewachsener bürokratisch-organisatorischer Fähigkeiten also die Herausforderungen der kapitalistischen Modernisierung bewältigen können? Auch wenn zur Beantwortung dieser Frage keine präzisen Messergebnisse existieren, lassen sich für den Zeitraum 1995 bis 2009 doch einige Indizien vorlegen: So schuf die Rezentralisierung von Ressourcen nach der Reform des öffentlichen Finanzwesens Fundamente dafür, die sozialpolitisch überaus brisante Privatisierungswelle in den Griff zu bekommen, indem Millionen entlassenen Arbeitern staatliche Kompensationszahlungen gewährt werden konnten. Den im Zuge der Asienkrise ab 1997 und den ab 2007 aufgetretenen Desintegrationstendenzen begegnete der Zentralstaat mit wirksamen, an keynesianische Krisen- und Konjunkturprogramme erinnernden fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen und einem politisch erleichterten Zugang zu Bankkrediten: Die expansiven, schuldenfinanzierten Staatsausgaben etwa im Bausektor und zum Ausbau des Wohlfahrtsstaates sorgten nach 1998 – im Zusammenspiel mit internationalen Faktoren, vor allem den ansteigenden ausländischen Kapitalflüssen – für eine Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums und der sozialen Stabilität. Ferner führte u.a. die Gründung der NDRC und der SASAC dazu, eine ertragseffizientere Regulierung staatseigener und auch privater Konzerne sowie einen gewissen Schutz vor ausländischer Konkurrenz zu garantieren – in Form von modernisierten indikativen und imperativen Planpolitiken. Zudem stieg der Anteil der von oben herab verfügbaren Investitionen in Infrastrukturen (u.a. Transportwesen, Telekommunikation, Elektrizität) erheblich, was das export- und investitionsgetriebene Wachstum verstetigte.

Dass die lediglich selektive Einbindung in den Weltmarkt von Vorteil war, zeigte sich besonders während des globalen Wirtschaftseinbruchs. Obgleich die Kontraktion des Exporthandels ab 2008 aufgrund des Nachfrageausfalls in OECD-Ländern eine schwere Belastung für China darstellte, überstand das Land die Krise weitaus besser als westliche Länder.¹⁰ Wie weiter unten gezeigt, sind jedoch im Gefolge der Weltwirtschaftskrise die (bereits zuvor latent wahrnehmbaren) Grenzen der Steuerung im chinesischen Mehrebenensystem stärker hervorgetreten. Doch zuvor werden weitere Eigentümlichkeiten der Wirtschaftsregulierung in China beschrieben.

3.2. Staatszentrierte Leitbilder und Innovationspolitiken im Schatten der Hierarchie

Über den praktisch wirksamen Einfluss der staatlichen Intervention hinaus ist der intern variierte, wettbewerbsgetriebene Kapitalismus Chinas durch eine hegemoniale Rolle *staatszentrierter Leitbilder* gekennzeichnet. Im Gegensatz zu den markt-liberalen Projekten westlicher Länder, verwandt aber mit einigen ostasiatischen Entwicklungsstaaten und anderen Schwellenländern, herrscht in China ein bewusst intendierter Fokus auf die makro-politische Steuerung vor. Auch wenn in bestimmten Bereichen der Wirtschaft Liberalisierungstendenzen voranschreiten, ist sich die zentrale Staatsführung (mit wenigen Ausnahmen) einig darin, dass die Makro-Kontrolle nicht aus der Hand gegeben werden darf. In den letzten Jahren wird diese Position vor dem Hintergrund der offensichtlichen Schwierigkeiten, in denen sich liberale und koordinierte Marktökonomien befinden, mit noch mehr Nachdruck vertreten (*McNally* 2011).

Dass das politische Handeln im wettbewerbsgetriebenen Mehrebenensystem weitere originäre Züge trägt, lässt sich an der Rolle von *Experimentalprogrammen* und *lokalen Modellversuchen* nachweisen. Diese erlauben es der chinesischen Wirtschaftspolitik auf bereits dezentral getestete Politikoptionen zurückzugreifen, um auf sich ändernde Markt- und Wettbewerbsbedingungen zu reagieren (*Heilmann* 2008; vgl. *Heilmann/Perry* 2011). Wenn lokale Experimente sich aus Sicht der Zentralregierung als förderungswürdig und verallgemeinerungsfähig erweisen, kann sie diese landesweit universalisieren. Diese Kapazität kann als *“experimentation under hierarchy“* interpretiert werden (*ten Brink* 2011, S. 17).

Auf mehreren Feldern wurden diese Praktiken angewendet, u.a. im Hinblick auf die Schaffung von Aktienmärkten oder die Umwandlung von Staatskonzernen, besonders (aber nicht nur) in Küstenprovinzen wie Guangdong. Die große Privatisierungswelle ab 1997 wurde zwei Jahre zuvor in Chongqing einem lokalen Testlauf unterzogen. Bedeutsam waren ferner die sogenannten Entwicklungszonen, d.h. die verschiedenen Varianten der Sonderwirtschaftszonen, in denen Pilotprojekte wie Landauktionen, die Zulassung von ausländischen Unternehmen oder die Liberalisierung des Arbeitsmarktes durchgeführt wurden.

Der Kontext einer rigiden, autoritären Umwelt und die Abwesenheit formeller politischer Opposition (die eher als informelle politische Rivalität in Erscheinung tritt) ließen einen eigentümlichen Politikzyklus entstehen: Im Gegensatz zu einer Praxis, in der die Fehleranalyse und daran anschließend die Formulierung und Ausgestaltung von Gesetzen der Umsetzung vorangehen, verläuft es im Falle Chinas umgekehrt. Die politische Innovation erfolgt auf dem Wege der räumlich begrenzten Implementierung, die im Falle des Erfolges verallgemeinert und schließlich zur Norm erklärt oder gar in das nationale Recht eingeschrieben wird.

3.3. Das fortwährende Gewicht der sich wandelnden KPCh

Im Unterschied zu anderen staatlich-durchgedrungenen Kapitalismen verfügt die chinesische Machtelite mittels der Partei über einen weiteren Kanal der vertikalen politischen Intervention in die politische Verwaltung und in die Wirtschaft. Um eine ertragseffiziente Steuerung der Ökonomie zu garantieren, wurde dafür in den letzten Jahrzehnten das Ver-

hältnis zwischen Staat und Partei korrigiert. Im Bereich der Wirtschaftspolitik hat dies besonders ab den 1990ern erst einmal zu einem Übergang von Kontroll- und Entscheidungskompetenzen auf Regierungsstellen geführt.¹¹

In der Tat kann ein partieller Rückzug der KPCh aus den tagtäglichen administrativen Tätigkeiten beobachtet werden. Die wachsende Bedeutung der Volkskongresse auch und gerade auf Provinzebene spiegelt zu einem gewissen Grad einen gesellschaftlichen Pluralisierungsprozess und eine lokale Autonomie, die mit der wirtschaftlichen Regionalisierung des Landes verbunden ist. Allerdings wird eine Verselbständigung von Staat und Wirtschaft nicht in Kauf genommen. Darüber hinaus arbeiten auf den höchsten Parteiebenen die sogenannten Zentralen Führungsgruppen daran, oberhalb und zwischen zentralen Politikfeldern (Wirtschaftspolitik, Parteiangelegenheiten, Sicherheits- und Außenpolitik) die Problembearbeitung zu garantieren und Entscheidungen vorzubereiten. Zwischen den höchsten Parteigremien, den lokalen Parteiinstanzen und staatlichen Einrichtungen vermitteln vertikale Strukturen, die sich von der Hauptstadt Beijing bis in die Provinzen und lokalen Bürokratien hinab verästeln.¹² Der Zweck ist die Implementierung der zentral beschlossenen Politik und der schwierige Versuch, die fragmentierten Herrschaftsapparate zu vereinheitlichen.¹³ Denselben Zweck sollen Parteikampagnen und eine Einflussnahme über die Führungskräfte in den (lokalen) Staatsapparaten erfüllen, die die KPCh über ihr modernisiertes Nomenklatur-System zu erhalten trachtet (Zheng 2010).¹⁴ Die sehr schnelle Reaktion auf die globale Krise 2008 in der Form von großen Konjunkturprogrammen wurde auch und gerade durch die Parteihierarchie ermöglicht, die die Lokalregierungen dazu veranlasste, Investitionsprojekte aufzulegen. In den Betrieben wird die Parteikontrolle dadurch aufrechtzuerhalten versucht, dass Manager von Unternehmen Mitglieder von Parteikomitees werden. Tatsächlich stellen parteigelenkte Kampagnen demzufolge eine außergewöhnliche politische Reservekapazität dar. Im Post-Maoismus wird ein nach wie vor mit Elementen des Voluntarismus angereicherter Autoritarismus reaktualisiert (Perry 2007).

4. Grenzen der politischen Steuerung

Der chinesische Parteistaat hat ein umfangreiches Instrumentarium zur Bearbeitung der widersprüchlichen Auswirkungen der kapitalistischen Modernisierung und der globalen Konkurrenz entwickelt. Alles in allem hat dies erst einmal eine – in der Geschichte moderner Gesellschaften keineswegs außergewöhnliche – Rationalisierung von Herrschaft erwirkt, indem etwa personale Befehlsgewalt mehr und mehr durch eine öffentliche, subjektlose Gewalt überlagert wird. Zugleich unterscheidet sich der Wandel in China von anderen Ländern dadurch, dass die (partei)staatliche Durchdringung besonders weit reicht. Bislang vermochte letztere die regionalen Disparitäten und ein heterogenes Ensemble von Unternehmenstypen und Produktionsregimen gewissermaßen in ein staatskapitalistisches Dispositiv einzubinden.

Sind die außerordentlich hohen und über einen langen Zeitraum währenden Wachstumsraten des Volkseinkommens Chinas folglich Beweis für die Funktionsfähigkeit und Effizienz der Wirtschaftsregulierung in einem autoritären, nicht-liberalen Kapitalismus? In einer zweckrational-instrumentellen Perspektive wäre dem in der Tat beizupflichten. Allerdings lässt sich diesem pikanten Urteil – bereits vor der Hinzuziehung demokratietheoretischer Argumente und weiterer normativer Überlegungen – unter anderem mit folgenden Argumenten entgegentreten: Zum einen kann unter Verweis auf die exzeptionell günstigen

weltwirtschaftlichen Umstände des chinesischen „Wirtschaftswunders“ festgestellt werden, dass ein solches „Wunder“ aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zu wiederholen ist (1). Zum anderen können Grenzen der politischen Steuerungskapazitäten angegeben werden (2).

(1) Eine wesentliche, in diesem Beitrag allerdings nur unzulänglich behandelte Grundlage des „Erfolges“ der Staatsführung beruhte zu großen Bestandteilen auf günstigen weltwirtschaftlichen Konstellationen, die es dem Reich der Mitte im Unterschied zu anderen „staatssozialistischen“ Gesellschaften und Schwellenländern gestatteten, von der in den 1970ern einsetzenden Phase der liberalen Globalisierung zu profitieren, die die Wirtschaft auf den Export auszurichten und die Volkswirtschaft in die ostasiatischen und andere Wertschöpfungsketten zu integrieren (vgl. *Breslin* 2007; *Hung* 2008; *ten Brink* 2012a). Zwischen 1993 und 2008 verdankte die chinesische Volkswirtschaft ihre extrem hohen Wachstumsraten in Teilen der Zunahme ausländischer Investitionen und dem Anstieg des Exports von jahresdurchschnittlich etwa 25%. Die Wirtschaft konnte von einer fortgeschrittenen Transnationalisierung der Produktion und einer Wachstumsschwäche in den alten Zentren des globalen Kapitalismus, inklusive Japans, profitieren. Erst eine Verschiebung des Zentrums der Wertschöpfung in Richtung Ostasien verwandelte das chinesische Festland in einen strategischen Standort an der einstigen Peripherie.

Die ausländischen Investitionen beförderten die innere wirtschaftliche Dynamik, das technologische Upgrading und die Aneignung moderner Unternehmensführungskonzepte. Zudem unterfütterten sie (über Steuereinnahmen) die Steuerungskapazitäten der staatlichen Institutionen. Darüber hinaus zehrten die chinesischen Produzenten über die transnationalen Waren- und Wertschöpfungsketten von der Nachfrage im Norden. Freilich handelt es sich bei diesen inter- und transnationalen Konstellationen um Variablen, die außerhalb der Volksrepublik wirksam wurden und nicht oder kaum von der chinesischen Machtelite beeinflusst werden konnten bzw. können. Sollten die günstigen weltwirtschaftlichen Gelegenheitskonstellationen abnehmen, droht der Staatsführung der Ausfall einer wesentlichen Grundlage ihrer Steuerungskapazitäten. Dass dies punktuell bereits eingetroffen ist, wurde am Beispiel des aktuellen Krisenmanagements der Zentralregierung bereits ausführlicher illustriert (vgl. *Akyüz* 2011; *Naughton* 2011; *ten Brink* 2012b; *Zheng/Tong* 2010). Besonders seit der während der globalen Krise 2008/09 aufgetretenen, spürbaren Nachfrageausfälle im Exportsektor und aufgrund signifikanter weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte verweist diese verstärkt auf die Notwendigkeit, den Binnenmarkt zu stärken. Doch die Zentralregierung Chinas sieht sich mit Problemen konfrontiert, die die weitere Entwicklungsdynamik und ein anvisiertes „Rebalancing“ der Wirtschaft blockieren. Das Ziel der Stärkung des Binnenmarktes, mit dem nicht zuletzt auf die wachsenden Ansprüche der arbeitenden Bevölkerung reagiert wird, erscheint als ein kaum zu realisierendes Unterfangen. Zum einen wird aufgrund *anhaltender (Export-)Abhängigkeiten* von einer instabilen Weltwirtschaft und transnationalen Wertschöpfungsketten eine Weiterführung des Niedriglohnregimes befördert. Einheimische und internationale Unternehmen sind an den mit niedrigen Löhnen und Steuern verbundenen Wettbewerbsvorteilen überaus interessiert, und lokale Regierungen nur allzu oft bereit, diesem Interesse entgegenzukommen. Die Arbeitgeber machen sich dabei ungleiche Produktionsbedingungen und Lohnsysteme in den unterschiedlich weit entwickelten Regionen Chinas zu Nutze.

Zum anderen existieren, hiermit verbunden, auf dem Binnenmarkt *erhebliche Nachfrangelücken*. Um die von der Regierung erwünschte Umstrukturierung des Wachstums zu erreichen, müssten sowohl die Löhne massiv steigen wie auch die sozialen Sicherungssys-

teme signifikant erweitert werden. Doch der Durchsetzung dieser Erfordernisse mangelt es an einer zentralen Grundlage: der Vertretungskompetenz und Mobilisierungsfähigkeit von unabhängigeren Gewerkschaften. Zusätzlich besteht eine Arbeitsmarktsegregation (*hukou*-System) fort.¹⁵ Die Ausgaben für die Konjunkturprogramme garantierten in Verbindung mit den wieder steigenden Exporten seit 2008 die Aufrechterhaltung des Wachstums. Doch wurde damit die Umorientierung zum stärker konsumgestützten Wachstumsmodell nicht einmal ansatzweise erreicht und die Abhängigkeit gegenüber einer krisengeschüttelten Weltwirtschaft perpetuiert.

(2) Insgesamt resultiert aus der weitreichenden Wirtschaftsregulierung keine allumfassende, vorausschauende Lenkung der Wirtschaft. Es existiert eine Entscheidungsanarchie aufgrund jeweils differierender Interessen auf unterschiedlichen administrativen Ebenen. Es sind Spannungsverhältnisse zwischen den politischen Steuerungsversuchen der Regierung und der Realität einer institutionellen „Bricolage“, d.h. einer dezentralen Wirtschaftsstruktur nachzuweisen. Die große Zahl politischer Entscheidungszentren sowie die ungleichen Entwicklungsniveaus und variierenden Produktionsregime des Landes übersetzen sich vielfach in konkurrierende politische Strategien, die die Kohärenz der staatlichen Entwicklungsprogramme in Frage stellen.

Es lässt sich somit zeigen, dass die häufig als vergleichsweise effizient eingestuften Regierungstechnologien des Parteistaates genau von denjenigen Wettbewerbsmechanismen konterkariert werden, die dieser in Gang setzte. Weil nationale Policies im Rahmen des innerchinesischen Standortwettbewerbs durch lokale Regierungen immer wieder planwidrig unterlaufen oder lediglich in modifizierter Weise umgesetzt werden, haben die anspruchsvollen Versuche der Rezentralisierung der politischen Steuerung widersprüchliche Effekte und Anpassungsschwierigkeiten zur Folge. Es gelingt nur ansatzweise, den Standortwettbewerb und damit verbundene risikoreiche Wachstums- und Finanzpolitiken subnationaler Regierungen sowie lokaler privat-öffentlicher Wachstumsallianzen in den Griff zu bekommen. Lokale staatliche Einrichtungen und/oder Regierungsbeamte agieren dem zufolge häufig nicht hauptsächlich im Sinne eines umfassenden, kohärenten volkswirtschaftlichen Projekts, sondern im partikularen Interesse einer je spezifischen Wachstumsallianz. Ein anarchischer Marktregionalismus existiert.¹⁶ Abgefedert wurde dies bislang durch den fortwährenden Zufluss von in- wie ausländischen Investitionen und eine globale „Sinomania“ (Anderson 2010).

In jüngster Zeit lassen sich Grenzen der Steuerungskapazitäten u.a. in folgenden Bereichen identifizieren:

- Die in Abschnitt 3 eingeführten *Regulierungsbehörden* verfehlen häufig ihre Wirkung, wenn etwa einzelne Wirtschaftssektoren mit einer derart großen Anzahl an Regulatoren versehen sind, dass diese entweder keinen koordinierenden Einfluss ausüben oder sich wechselseitig paralysieren: „The trouble is that in China, the different regulators have over the past few years created so-called ‘independent kingdoms’; effective coordination across these fiefdoms has been difficult“ (Walter/Howie 2011, S. 198; vgl. Pearson 2011). Auch die SASAC stellt sich mitnichten als allmächtige Lenkungsinstanz heraus: Viele der von ihr beaufsichtigten Firmen sind gewaltige Konglomerate, die große Mengen an Ressourcen kontrollieren und daher selbst Machtpole darstellen, die nicht einfach zu kontrollieren sind. Zwar ernennt sie, zusammen mit der Organisationsabteilung des ZK der KPCh, vielfach die Leitungspersonen der ihr formell unterstellten Unternehmen, doch kann sie deren betriebswirtschaftliche Orientierung kaum annullieren. So

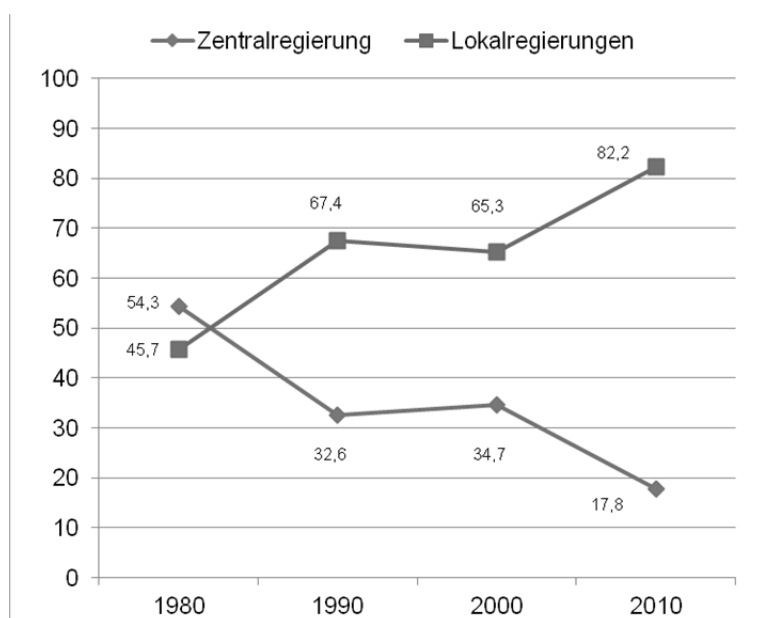
sind ab 2010 Anstrengungen unternommen worden, die hohen Profite im staatlichen Unternehmenssektor über erhöhte Steuern teilweise abzuschöpfen. Dies erweist sich für die SASAC allerdings als schwierig, da die großen staatseigenen Konzerne die neuen Bestimmungen teilweise erfolgreich umgehen. „As other vested interests, they will fight economic restructuring that could reduce tax, fiscal, and industrial policies benefitting them“ (McNally 2011, S. 16). Dieser Sachverhalt stellt zudem die mitunter mystifizierten Annahmen einer umfassenden Parteikontrolle in Frage. Die Tatsache, dass die KPCh Führungskräfte ein- und absetzen kann, setzt noch nicht die betriebswirtschaftlichen Partikularinteressen und Praktiken von Unternehmen außer Kraft. Angeblich existieren heute in 420.000 Firmen sogenannte Parteigruppen. Dass diese allerdings effektive Instrumente im Sinne einer kohärenten volks- bzw. makrowirtschaftlichen Steuerung verkörpern, ist fraglich.

- Die Tatsache, dass die *subnationalen Instanzen* als lokale „Entwicklungsstaaten“ auf ihrem Hoheitsgebiet ökonomisches Wachstum stimulieren, löst nicht allein Wirtschaftsdynamiken aus. Der Wettbewerb zwischen den lokalen Staatsapparaten – auch innerhalb von Provinzen, etwa zwischen Stadtregierungen – zieht ebenfalls negative Effekte nach sich. So sind Probleme der Überakkumulation, d.h. der Überinvestition sowie der Verdopplung von Investitionen festzustellen, die aus der internen Standortkonkurrenz resultieren und von der Zentralregierung bzw. ihren Organen wie der NDRC nicht einfach auszumerzen sind.¹⁷ Die Folgen fasst *Naughton* zusammen: „The scale of resources committed to [different] programs will contribute to macroeconomic imbalances, [...] making it more difficult for China to adopt a consumption-led economy. [...] China has faced significant inflationary challenges since the fourth quarter of 2010, and the policy response has been slow. In part, this is because the government has so many ambitious projects on the table, and each objective has a set of beneficiaries who are deeply engaged in protecting their projects“ (*Naughton* 2011, S. 326). Die Zentralregierung kann die Überhitzungserscheinungen nur schwerlich in den Griff bekommen, weil die sehr hohe Anzahl ambitionierter Entwicklungsprojekte jeweils durch spezifische Interessengruppen protegiert werden.
- Verstärkt wurde der Trend zur Überinvestition durch die *großen Konjunkturprogramme* ab 2008. Investitionsprojekte und Entwicklungsprogramme wurden häufig ohne Rücksprache mit dem Zentrum angesprochen und drohen vor dem Hintergrund eines schwachen Binnenkonsums zu scheitern, wie bereits länger kostspielige Investitionen in „weiche“ Standortfaktoren bezeugen, z.B. riesige Shopping Malls, die kaum frequentiert sind. Zugleich hat die Ausweitung des Kreditvolumens das schuldenfinanzierte Überinvestment angetrieben (*Liang* 2010, S. 63). Und dies nährte die bereits bestehenden Tendenzen zu einer höheren Inflationsrate und zu einem „asset bubble“. Zwar bemühen sich die zentralen geldpolitischen Entscheidungsträger, Überhitzungserscheinungen einzudämmen, doch offenbaren sich auch in diesem Bereich die Grenzen zentralstaatlicher Interventionen in volatile Märkte.
- Schließlich kündigt sich eine *Krise der Staatsfinanzen* an. Die (lokale und nationale) Staatsverschuldung gehört zu den sensibelsten Politikbereichen in China überhaupt. Die Regierung versucht mit ihren Angaben zu einem niedrigen Budgetdefizit nicht zuletzt, internationale Investoren über mögliche Destabilisierungstendenzen im Unklaren zu lassen. Es liegen jedoch Untersuchungen vor, die eine realistischere Sicht auf den Zustand der Staatsfinanzen zulassen. Dem zufolge treten zur offiziell verlautbarten Staatsverschuldung von 27% des BIP im Jahr 2010 weitere Verbindlichkeiten

hinzu: auf Ebene der Lokalregierungen und der öffentlichen Bildungseinrichtungen sowie als notleidende Kredite der Staatsbanken. Insgesamt liegt sie dem zufolge, je nach Berechnung, zwischen 57,5% und 76% des BIP und damit fast auf einer Höhe mit anderen Schwellenländern, wenn auch niedriger als in den USA, Deutschland oder Japan (Li/Lin 2011, S. 538; Walter/Howie 2011, S. 120-127, 200-206).

Wie weiter oben erklärt, konnte die Zentrale die staatlichen *Einnahmen* in den 1990ern zwar rezentralisieren und in den 2000ern ebenfalls erheblich erhöhen. Doch parallel verlief ein Prozess der Dezentralisierung der *Ausgaben*. Im Jahr 2010 übernahmen die subnationalen Regierungen 82,2% der gesamten Ausgaben – mit der Folge zunehmender Staatsdefizite auf lokaler Ebene, besonders auf der Kreisebene (siehe Grafik).

Grafik: Staatsausgaben, Zentral- und Lokalregierungen, in Prozent



Quelle: NBS 2011: Tabelle 8-4.

Insgesamt offenbaren sich also deutliche Grenzen der Durchgriffsmacht des Zentralstaates bzw. es lassen sich variierende Steuerkapazitäten des Zentralstaates auf unterschiedlichen Politikfeldern nachweisen.

5. Fazit

Hinsichtlich der vier eingangs vorgestellten Thesen lassen sich folgende Schlussfolgerungen ziehen:

(1) In China trug und trägt der Parteistaat zur Konstituierung einer neuartigen Form des Kapitalismus bei. Im Unterschied zu transformationstheoretischen Vorstellungen einer sukzessiven Anpassung an Modelle liberaler Marktwirtschaften zeichnet sich die politi-

sche Ökonomie der Volksrepublik durch eine hohe staatliche Interventionsdichte und ein fortwährendes Gewicht der KPCh aus. Ein solcher *Variegated Chinese State-permeated Capitalism* ist über den permanenten Einfluss klassischer wie neuartiger staatlicher Interventionen in der Wirtschaft hinaus durch eine herausragende Rolle staatszentrierter Leitbilder gekennzeichnet. Im Gegensatz zu den Liberalisierungsprojekten in kapitalistischen Demokratien und jüngst den unfreiwillig vollzogenen massiven Staatseingriffen hat es die Forschung in China mit Projekten zu tun, die trotz interner Liberalisierungs- und Vermarktlichungstendenzen sehr bewusst auf die makro-politische Steuerung orientieren. Alles in allem erwies sich der Parteistaat dabei bislang als ein – im Sinne einer maß- und endlosen Akkumulation des Kapitals – vergleichsweise elastisches Kontroll- und Steuerungsinstrument.

(2) Die post-maoistische Phase resultierte in einem unternehmerischen Wettbewerbsstaat, versehen mit umfassenden Steuerungskapazitäten, der sich signifikant von den Varianten des Planstaates im 20. Jahrhundert unterscheidet. Dabei kombinieren die Machteliten hierarchische, heterarchische und marktvermittelte Formen der Governance genauso wie diverse, direkte und indirekte, wirtschaftspolitische Steuerungsstrategien, die dem Ziel einer Ordnung der Märkte dienen. Der aus zahlreichen Entscheidungsträgern zusammengesetzte chinesische Staat verknüpft darüber hinaus in der Wirtschaftsregulierung herkömmliche „westliche“ Formen staatlicher Regulierung mit eigentümlichen Mechanismen. Der Staat schafft derart die Rahmenbedingungen, unter denen der private „Entrepreneur“, der Manager eines staatseigenen oder auslandsfinanzierten Unternehmens, aber auch der marktorientierte Staatsfunktionär agieren. Ähnlich wie in der Transformation und Reterritorialisierung des Staates in OECD-Ländern mobilisierte der Parteistaat damit den Wettkampf der Regionen. Über eine Kontrolle essentieller Ressourcen bzw. Reservekapazitäten (u.a. Steuereinnahmen, Land und Boden, Gewaltapparate), über den Einfluss auf das Finanzsystem und auf staatseigene und private Unternehmen sowie von (insbesondere indikativen) Plan-Politiken konnte der Zentralstaat seine Macht aufrechterhalten. Zugleich lassen sich eigentümliche Formen nachweisen: etwa den Typus eines lokalstaatlichen „Entrepreneurs“, eine Kompatibilität zwischen Wettbewerb und Planung, dezentrale Modellexperimente und die fortwährende Rolle der KPCh. Auch wenn die chinesische Machtelite in vielerlei Hinsicht Anleihen bei „westlichen“ Regulierungsmodellen, aber auch ostasiatischen Entwicklungsstaaten genommen hat, erscheint nicht die exakte Übernahme westlicher oder ostasiatischer Vorbilder, sondern ihr komplementärer Einbau in ein eigentümliches Institutionenensemble und in originäre Politikzyklen als ein übergreifendes Kennzeichen der chinesischen Reformen.

(3) Die dritte These, der zufolge China nach Kriterien der ökonomischen Effizienzsteigerung einen erfolgreichen (und möglicherweise übertragbaren) Fall der umfassenden wirtschaftspolitischen Lenkung darstellt, muss relativiert werden: Das chinesische „Wirtschaftswunder“ ist erst unter Einbezug günstiger weltwirtschaftlicher Konstellationen hinreichend zu erklären. Im Gegenteil droht eine Analyse, die den externen Ursachen der wirtschaftlichen Dynamik (und hiermit verbundenen positiven Effekten auf die Spielräume der Wirtschaftsregulierung) keine oder nur eine begrenzte Rechnung trägt, einseitig zu verallgemeinern. Die Tatsache, dass China zum attraktivsten Produktionsstandort der Erde auch und gerade deshalb avancierte, weil die Realakkumulation in den alten Zentren sich verlangsamt, verweist auf einen Zusammenhang, dem weder in einer staatszentrierten Perspektive – der chinesische Leviathan als kluger, vorausschauender Lenker der

Wirtschaft – noch in einer liberalen Erfolgsgeschichte der Vermarktlichung ein gebührender Platz eingeräumt wird.

(4) Bestätigt hat sich indessen die vierte These zu den Grenzen der Steuerungskapazitäten. Zwar trugen die bürokratischen Restrukturierungen des Zentralstaates und der Kontext einer rigiden Umwelt dazu bei, dass die Regierung in Beijing mit mehr Kapazitäten als andere Schwellenländer ausgestattet war, um die Widersprüche des Akkumulationsmodus bearbeiten zu können. Doch zugleich beförderte die „Regulation-for-Competition“, d.h. eine auf Marktexpansion und Wettbewerbsförderung zielende Regulierung, vor dem Hintergrund unterschiedlicher Entwicklungsniveaus des Landes und der multiskalar artikulierten Staatsapparate keine konfliktfreie Vereinigung. Aus diesem Grund dürfen die Steuerungskapazitäten der Zentralregierung nicht hypostasiert und müssen die Grenzen der politischen Steuerung herausgearbeitet werden.¹⁸ Der Regierung gelingt es trotz aller Rezentralisierungs- und makro-politischen Kontrollmaßnahmen gerade aufgrund der (letztlich auch von ihr ins Leben gerufenen) Wirksamkeit von Konkurrenzimperativen kaum, den internen Standortwettbewerb und die damit verbundenen risikoreichen Wachstums- und Finanzpolitiken subnationaler Regierungen einzudämmen. Die Interessen relevanter Gruppen in Provinz- und Lokalregierungen, aber auch im Finanzsystem und im Unternehmenssektor, haben eine Entscheidungsanarchie zur Folge, die nationale Vorgaben in Frage stellen. Genauso zeitigt das Krisenmanagement Risse, wie Überinvestitionen, Inflationstendenzen und zunehmende soziale Polarisierungen dokumentieren. Die wettbewerbsgetriebenen Beziehungen zwischen der Zentrale und den lokalen Instanzen lassen hohe BIP-Wachstumsraten und soziale Desintegrationstendenzen auf paradoxe Weise nebeneinander laufen.

Bildlich gesprochen, erscheint die politische Ökonomie Chinas somit mitunter nicht wie ein, durch einen allmächtigen Kapitän gesteuerter Supertanker, sondern eher wie eine Armada kleiner Schiffe, die, jeweils an ihren Einzelinteressen orientiert, mit voller Geschwindigkeit in verschiedene Richtungen fahren, ohne jedoch die Rückwirkungen auf die gesamte Flotte zu bedenken. Dass dieses Mehrebenengeflecht den Herausforderungen der nächsten Phase der Modernisierung ohne größere Konflikte gerecht werden soll – allerdings vor allem dann, wenn die günstigen weltwirtschaftlichen Gelegenheitskontellationen entfallen und soziale Auseinandersetzungen zunehmen – erscheint fragwürdig.

Anmerkungen

- 1 Die Untersuchung beruht auf Arbeiten zum Forschungsprojekt „Eine BICS-Variante des Kapitalismus? Die Herausbildung staatlich-durchdrungener Marktökonomien in großen Schwellenländern“, welches die DFG unter GZ NO 855/3-1 fördert. Außerdem wurden die Ergebnisse mehrerer Forschungs- und Konferenzreisen nach China in den Jahren 2008 bis 2010 berücksichtigt.
- 2 Die Koexistenz von zweiundzwanzig unterschiedlich weit entwickelten Provinzen, fünf Autonomen Regionen, vier regierungsunmittelbaren Städten mit dem Status einer Provinz (Beijing, Shanghai, Tianjin, Chongqing) und zwei Sonderverwaltungszone (Macao, Hongkong) – und fünf Regierungsebenen: Zentralregierung, Provinzen, Präfekturen, Kreise und Verwaltungsgemeinden – stellen ein disparates Gebilde dar, welches sich einer Detailsteuerung entzieht.
- 3 Weil auch die Reproduktion der Privatunternehmen auf die staatliche Hilfestellung angewiesen ist, kommt den staatlichen Behörden besonders auf lokaler Ebene eine signifikante Rolle zu.
- 4 Eine zu enge Verbindung von Kapitalismus und Privateigentum kann aus diesem Grund leicht zur Annahme führen, dass größere Sektoren der chinesischen Wirtschaft „außerhalb“ des Wirkens kapitalistischer Imperative stehen. Dagegen verspricht eine Analyse, die das häufig lokale staatliche bzw. das

kombinierte, privat-öffentliche Eigentum vor dem Hintergrund der Wirkmacht (global-)kapitalistischer Imperative untersucht, im Falle Chinas ertragreich zu sein. Die Eigentümerfunktion kann aus diesem Blickwinkel von einer selbsternannten „kommunistischen“ Nomenklatur übernommen werden, selbst wenn diese vom produzierten Reichtum individuell weniger profitiert als etwa Anteilseigner einer privaten Aktiengesellschaft.

- 5 Es mag wie eine Ironie der Geschichte klingen, aber folgende Annahme, die *Schimank* zur Beschreibung der Funktionsweise westlicher Staaten vorlegt, gilt für den „kommunistischen“ Machtapparat in einem besonderen Ausmaß – dass nämlich „der generelle und oberste politische Vermeidungsimperativ [lautet], alles zu unterlassen bzw. zu unterbinden, was die ökonomische Prosperität gefährden könnte“ (*Schimank* 2009, S. 259). Ein Grund hierfür ist das Fehlen einer starken, autonomen Zivilgesellschaft, die den Staat dazu drängt, etwa die Autonomie anderer sozialer Bereiche zu schützen.
- 6 Vor den 1980ern war die chinesische Wirtschaft in ein Branchen- und ein Regionalsystem gegliedert. Während im Branchensystem übergeordnete Ministerien, die in den jeweiligen Gebietskörperschaften regionale Behörden unterhielten, an der Spitze der Hierarchie standen, wurde das Regionalsystem dezentral organisiert. Hier oblag den jeweiligen Gebietskörperschaften die Regulierung von Staatsbetrieben und anderen Wirtschaftseinheiten. Die Koexistenz dieser beiden Systeme führte zu einem fragilen Verhältnis zwischen ihnen und zu Auseinandersetzungen über Fragen der innerstaatlichen Befehlshierarchie („Plan-Anarchie“). Vgl. ausführlicher: *ten Brink* 2012a, Kapitel II.1.
- 7 An die Wirtschaftspolitik angrenzende Politikfelder wie die Steuerpolitik, wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen, der Bildungssektor und die Technologieförderung, Finanzreformen oder die rigide Regulierung der Urbanisierung bleiben an dieser Stelle unberücksichtigt.
- 8 Die genannten Ministerien und Kommissionen, aber auch weitere Komitees, Büros und Organe der Wirtschaftsregulierung mit Sonderstatus sind dem Staatsrat unterstellt. Dabei fasste man zentrale Ministerien und Kommissionen in Abteilungen der Staatsratsstruktur zusammen. Besonders relevant wurde die Staatsratsabteilung für makroökonomische Steuerung, in die man das de facto-Wirtschaftsministerium NDRC, die People’s Bank of China (PBOC) und das Finanzministerium eingliederte.
- 9 Im Allgemeinen gilt: Je größer das Unternehmen, desto mehr sind die staatlichen Institutionen an engen Verbindungen interessiert. Um das an einem aktuellen Beispiel der Politik einer Stadtregierung zu erläutern: In Dezhou, in der Provinz Shandong, hat die lokale Regierung in den letzten Jahren eine lokale Entwicklungszone („Solar Valley“) gegründet, um zum nationalen Vorzeigeort der Solarwirtschaft zu avancieren. Mithilfe staatlicher Förderungen ist das führende lokale *Privat*unternehmen, Himin, zum weltweit größten Hersteller von Solarwarmwasserbereitern geworden.
- 10 Auch und gerade die rigiden Regulierungssysteme im Finanzsektor und eine schwache Einbindung in jene Segmente der globalen Finanzmärkte, die von der Krise besonders hart getroffen wurden, trugen dazu bei.
- 11 „Der mit wirtschaftlichen Aufgaben befasste Parteiapparat wurde [...] auf rund 500.000 Stellen beschränkt, was im Verhältnis zu den annähernd 40 Millionen chinesischen Staatsbediensteten [...] keine allzu große Zahl darstellt“ (*Heilmann* 2004, S. 92).
- 12 Zudem kontrolliert die Partei weiterhin bedeutende Anteile des staatlichen Gewaltmonopols. Die Militärkommission des ZKs der KPCh ist faktisch das höchste militärische Führungsorgan des Landes.
- 13 Die Parteisteuerung in der Staatsverwaltung bzw. die Einforderung der Unterordnung der staatlichen Verwaltung gegenüber den Parteisekretariaten ist gegenwärtig weniger rigide gestaltet als noch in den 1980ern. Die auch in liberalen Demokratien zu beobachtende innerbürokratische Konsensbildung und eine bürokratische „Selbstkontrolle“ haben in den letzten Jahren Einzug gehalten.
- 14 Angehörige von Provinzfürhungen mussten vor dem Hintergrund strittiger Fragen mit der Führung in Beijing bereits häufiger ihr Amt räumen und dabei teilweise längere Haftstrafen in Kauf nehmen.
- 15 Ein weiteres Problem besteht darin, dass im Falle des Erlasses nationaler sozial- und arbeitspolitischer Bestimmungen oder von Gesetzen die Umsetzung an den mächtigen lokalen Allianzen zwischen Unternehmen und Staatsorganen zu scheitern droht. Auch hinsichtlich ihrer redistributiven Maßnahmen entpuppen sich die Plan-Projekte der Regierung als nachlässig. „The one glaring shortcoming was that reformers had been unable to rebuild the system of public welfare that had collapsed during the reform process“ (*Naughton* 2011, S. 316). Genauer wird das Problem der Nachfragelücken erläutert in: *ten Brink* 2012b.
- 16 Weil die komplexen Verflechtungsstrukturen immer wieder Blockadesituationen in Sachentscheidungen hervorrufen, eine Entflechtung des chinesischen Mehrebenensystems jedoch nahezu unmöglich erscheint, konstituiert das gewissermaßen eine Politikverflechtungsfalle mit chinesischen Charakteristika.
- 17 Auch die NDRC kann ihre auf dem Papier zugesicherte Steuerungsautorität nicht immer durchsetzen. Zudem hat sie nach 2008 zu den Überinvestitionen beigetragen, weil sie sehr viele Investitionsprojekte bewilligte.

- 18 Diese Einsicht ist auch normativ von Bedeutung. Schließlich gilt die Regierung in Beijing hinsichtlich ihrer Implementierungskapazitäten im Westen und in vielen Entwicklungsländern schon allein deshalb als bevorzugen, weil diese längerfristiger und nachhaltiger politische Strategien verfolgen könne als liberaldemokratisch verfasste Staaten, die einer von Wahlperioden gekennzeichneten Zeitlichkeit unterworfen sind. Die Widersprüche der Plan-Politiken und ihr undemokratischer Charakter zeugen jedoch von den Problematiken dieser Regierungstechniken.

Literatur

- Akyüz, Yilmaz*, 2011: Export Dependence and Sustainability of Growth in China, in: *China & World Economy*, 19, 1, S. 1-23.
- Anderson, Perry*, 2010: Sinomania, in: *London Review of Books*, 32, 2, S. 3-6.
- Block, Fred*, 1994: The Roles of the State in the Economy, in: *Smelser, Neil J./Swedberg, Richard* (Hrsg.), *The Handbook of Economic Sociology*, Princeton: Princeton University Press, S. 691-710.
- Bremmer, Ian*, 2010: *The End of the Free Market: Who Wins the War Between States and Corporations?*, New York: Portfolio.
- Breslin, Shaun*, 2007: *China and the Global Political Economy*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Bu, Yuanshi*, 2009: *Einführung in das Recht Chinas*, München: C.H. Beck.
- Cai, Fang* (Hrsg.), 2010: *Transforming the Chinese Economy*. Leiden: Brill.
- Chu, Yin-Wah* (Hrsg.), 2010: *Chinese Capitalisms: Historical Emergence and Political Implications*, Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Dickson, Bruce J.*, 2003: *Red Capitalists in China: The Party, Private Entrepreneurs, and Prospects for Political Change*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Economist*, 2012: The Rise of State Capitalism. The Emerging World's New Model (Special Report), January 21st-27th. Online verfügbar unter: <http://www.economist.com/printedition/2012-01-21>, Stand: 16.08.2012.
- Fligstein, Neil*, 2001: *The Architecture of Markets: An Economic Sociology of Twenty-First-Century Capitalist Societies*, Princeton: Princeton University Press.
- Heilmann, Sebastian*, 2004: *Das politische System der Volksrepublik China*, Wiesbaden: VS.
- Heilmann, Sebastian*, 2008: Policy Experimentation in China's Economic Rise, in: *Studies in Comparative International Development*, 43, 1, S. 1-26.
- Heilmann, Sebastian/Perry, Elizabeth J.* (Hrsg.), 2011: *Mao's Invisible Hand: The Political Foundations of Adaptive Governance in China*, Cambridge: Harvard University Press.
- Hsueh, Roselyn*, 2011: *China's Regulatory State. A New Strategy for Globalization*, Ithaca/London: Cornell University Press.
- Hung, Ho-fung*, 2008: Rise of China and the Global Overaccumulation Crisis, in: *Review of International Political Economy*, 15, 2, S. 149-179.
- Jessop, Bob*, 2007: *State Power: A Strategic-Relational Approach*, Cambridge: Polity.
- Kennedy, Scott* (Hrsg.), 2011: *Beyond the Middle Kingdom: Comparative Perspectives on China's Capitalist Transformation*, Stanford, CA: Stanford University Press.
- Lardy, Nicholas R.*, 1998: *China's Unfinished Economic Revolution*, Washington, DC: Brookings.
- Li, Shiyu/Lin, Shuanglin*, 2011: The Size and Structure of China's Government Debt, in: *The Social Science Journal*, 48, 3, S. 527-542.
- Liang, Yan*, 2010: China and the Global Financial Crisis: Assessing the Impacts and Policy Responses, in: *China & World Economy*, 18, 3, S. 56-72.
- May, Christian/Nölke, Andreas/ten Brink, Tobias*, 2013: Institutionelle Determinanten des Aufstiegs großer Schwellenländer: Eine global-politökonomische Erweiterung der „Varieties of Capitalism“, in: *PVS-Sonderheft 2013* (under review).
- McGregor, Richard*, 2010: *The Party: The Secret World of China's Communist Rulers*, New York: HarperCollins.
- McNally, Christopher A.* (Hrsg.), 2007: *China's Emergent Political Economy: Capitalism in the Dragon's Lair*, London: Routledge.

- McNally, Christopher A.*, 2011: State Capitalism is Dead! Long Live State Capitalism! Rebalancing China's Political Economy, Paper for the Annual Meeting of the Association of Asian Studies, Honolulu, HI.
- Naughton, Barry*, 1995: *Growing Out of the Plan: Chinese Economic Reform 1978-1993*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Naughton, Barry*, 2007: *The Chinese Economy: Transitions and Growth*, Cambridge: MIT Press.
- Naughton, Barry*, 2011: China's Economic Policy Today: The New State Activism, in: *Eurasian Geography and Economics*, 52, 3, S. 313-329.
- NBS, National Bureau of Statistics of China, 2011: *China Statistical Yearbook 2011*, Beijing: China Statistics Press.
- Nee, Victor*, 1989: A Theory of Market Transition: From Redistribution to Markets in State Socialism, in: *American Sociological Review*, 54, 5, S. 663-681.
- Nee, Victor/Opper, Sonja*, 2007: On Politicized Capitalism, in: *Nee, Victor/Swedberg, Richard* (Hrsg.), *On Capitalism*, Stanford, CA: Stanford University Press, S. 93-127.
- Pearson, Margaret M.*, 2011: Variety Within and Without: The Political Economy of Chinese Regulation, in: *Kennedy, Scott* (Hrsg.), *Beyond the Middle Kingdom*, Stanford, CA: Stanford University Press, S. 25-43.
- Perry, Elizabeth J.*, 2007: Studying Chinese Politics: Farewell to Revolution?, in: *The China Journal*, 57, 1, S. 1-22.
- Redding, Gordon/Witt, Michael A.*, 2007: *The Future of Chinese Capitalism: Choices and Chances*, Oxford: Oxford University Press.
- Saich, Tony*, 2004: *Governance and Politics of China*, New York/London: Palgrave Macmillan.
- Schimank, Uwe*, 2009: "Vater Staat": ein vorhersehbares Comeback: Staatsverständnis und Staatstätigkeit in der Moderne, in: *der moderne staat*, 2, 2, S. 249-270.
- Shambaugh, David*, 2009: *China's Communist Party: Atrophy and Adaptation*, Berkeley: University of California Press.
- ten Brink, Tobias*, 2011: Institutional Change in Market-Liberal State Capitalism: An Integrative Perspective on the Development of the Private Business Sector in China, MPIfG Discussion Paper 11/2, Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- ten Brink, Tobias*, 2012a: Kapitalistische Entwicklung in China. Entstehungskontexte, Verlaufsformen und Paradoxien eines eigentümlichen Modernisierungsprozesses, Habilitationsschrift, eingereicht an der Goethe-Universität Frankfurt.
- ten Brink, Tobias*, 2012b: Wiedergewinnung des Gleichgewichts? Sozio-ökonomische Dynamiken im neuen chinesischen Kapitalismus, in: *Leviathan*, 40, 2, S. 202-222.
- Tsai, Kellee S.*, 2007: *Capitalism without Democracy: The Private Sector in Contemporary China*, Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Walter, Carl E./Howie, Fraser J. T.*, 2011: *Red Capitalism: The Fragile Financial Foundation of China's Extraordinary Rise*, Singapur: John Wiley & Sons.
- Yang, Dali L.*, 2004: *Remaking the Chinese Leviathan: Market Transition and the Politics of Governance in China*, Stanford, CA: Stanford University Press.
- Zheng, Yongnian*, 2010: *The Chinese Communist Party as Organizational Emperor: Culture, Reproduction, and Transformation*, London: Routledge.
- Zheng, Yongnian/Tong, Sarah Y.* (Hrsg.), 2010: *China and the Global Economic Crisis*. Singapur: World Scientific.

Anschrift des Autors:

Dr. habil. Tobias ten Brink, Goethe-Universität Frankfurt am Main, FB 03: Gesellschaftswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft, Grüneburgplatz 1, 60323 Frankfurt/Main
E-Mail: tobias.ten.brink@em.uni-frankfurt.de